

STANDPUNKT

Deutschland kann den Alleingang in der Klimapolitik wagen

Von Reiner Eichenberger und David Stadelmann

Ein einzelnes Land, das seine CO₂-Emissionen mit den heute üblichen Politikansätzen zu senken versucht, hat sehr hohe Kosten, aber kaum Einfluss auf den globalen Klimawandel. Deshalb warnen manche Stimmen in Deutschland vor klimapolitischen Alleingängen, zuletzt Hans-Werner Sinn und Joachim Weimann in der F.A.Z. Sie fordern, Klimaschutzmaßnahmen nur gemeinsam mit möglichst vielen Ländern im Rahmen eines Klimaklubs durchzuführen und die Importe aus Nicht-Klubländern mit einem Klimazoll zu belasten.

Von dieser Strategie raten wir ab. Stattdessen sollte Deutschland den Alleingang wagen – aber richtig! Ein erfolgreicher Alleingang bedingt die konsequente Verwirklichung echter Kostenwahrheit anstelle der bisherigen kontraproduktiven klimapolitischen Regulierungen, Verbote und Subventionen. Mit Kostenwahrheit könnte Deutschland seine Emissionen stärker und günstiger reduzieren sowie Wachstumspotentiale heben. Das würde andere Länder überzeugen, mitzuziehen. Echte Kostenwahrheit umfasst dreierlei:

1. Treibhausgase bepreisen: Die von den heutigen Treibhausgasemissionen verursachten Nettokosten müssen wissenschaftlich fundiert geschätzt und den Emittenten ausnahmslos über einen expliziten CO₂-Preis in Rechnung gestellt werden. Das würde allen Verbrauchern und Produzenten die richtigen Anreize zur Emissionsminderung und zur Entwicklung umweltfreundlicher Technologien setzen. Bei der Berechnung des optimalen Preises muss berücksichtigt werden, dass Treibhausgasemissionen über sehr lange Zeit kumulieren und wirken, ihre Reduktion über die Jahre dank des technologischen Fortschritts billiger wird, und Letzterer umso schneller erfolgt, je höher der erwartete CO₂-Preis ist.

Das klingt kompliziert, ist aber einfacher, als eine Vielzahl von Verboten und Vorschriften optimal auszugestalten und die besten Zukunftstechnologien richtig zu identifizieren und zu subventionieren. Die aktuellen Schätzungen eines optimalen CO₂-Preises belaufen sich gemäß dem Nobelpreisträger William D. Nordhaus auf rund 50 bis 55 Euro pro Tonne CO₂. Unter Berücksichtigung von inländischer Produktion und Energieverbrauch entspricht dies Bruttokosten von rund 450 Euro pro Bürger und Jahr. Um nachhaltig Kostenwahrheit zu gewährleisten, wäre ein moderater stetiger Anstieg bis 2050 auf rund 130 Euro

(zuzüglich Inflationsausgleich) je Tonne CO₂ notwendig, bei dann aber viel kleineren Emissionen.

2. Arbeit entlasten: Echte Kostenwahrheit verlangt, dass die durch den CO₂-Preis generierten Einnahmen an die Bürger zurückgegeben werden. CO₂ entsteht bei Produktion und Konsum von Gütern und Dienstleistungen. Folglich besteht zwischen dem individuellen Einkommen, Konsum und CO₂-Ausstoß ein enger Zusammenhang. CO₂-Preise sind insofern indirekte Steuern auf Einkom-

Mit Kostenwahrheit könnten wir Emissionen stärker und günstiger senken.

men und Konsum, senken das reale Einkommen der Bürger und setzen neben ihren positiven Anreizen zur Emissionsminderung leider negative Leistungsanreize. Deshalb ist es sinnvoll, die Rückführung der Einnahmen aus dem CO₂-Preis über eine Senkung leistungsfeindlicher Steuern, also vor allem der Einkommensteuer, vorzunehmen. Durch Rückführung an die Bürger über Steuersenkungen bleibt Leistung gleich stark besteuert, aber Treibhausgasemissionen erhalten den richtigen Preis und werden deshalb kleiner.

3. Bürokratie reduzieren: Schließlich können die bisherigen klimapolitischen Regulierungen und Subventionen weitgehend abgeschafft werden. Denn bei Kostenwahrheit mit einem optimalen CO₂-Preis sind sie überflüssig. Das schafft enormes Entlastungspotential. Von der Entbürokratisierung würden Bürger, Wirtschaft und Staat profitieren. Derzeit verursachen Regulierungen und Subventionen riesige Kosten. Zudem könnten Fachkräfte, die in Wirtschaft und Verwaltungen mit Umsetzung und Kontrolle von Klimaregulierungen beschäftigt sind, für weit produktivere Tätigkeiten in Unternehmen und Verwaltungen eingesetzt werden.

Zwar sind optimale CO₂-Preise schwierig zu schätzen, und ihre Klimawirkung hängt von vielerlei Annahmen ab, insbesondere ob andere Länder mitziehen. Aber das gilt für alle anderen Politikeingriffe noch mehr, sobald ihre Nutzen und Kosten ernsthaft abgewogen werden. Verbote und Gebote verursachen hohe Wohlfahrts- und Bürokratiekosten, und Subventionen müssen finanziert werden. Der springende Punkt ist:

Mit echter Kostenwahrheit gibt es je eingesetztem Euro weit mehr Klimaschutz, und die Wahrscheinlichkeit, dass immer mehr Länder mitziehen, ist weit größer als bei den bisherigen Maßnahmen.

Weshalb soll ausgerechnet Deutschland den Alleingang wagen? Tatsächlich fordern wichtige Vertreter von Kostenwahrheit, etwa das „Economists' Statement on Carbon Dividends“ von mehr als 3600 US-Ökonomen und 28 Nobelpreisträgern sowie der Climate Leadership Council in den USA, dass der CO₂-Preis gemeinsam mit möglichst vielen Ländern im Rahmen eines Klimaklubs erhoben und die Importe aus Nicht-Klubländern mit einem Klimazoll belastet werden sollen. Aber Vorsicht: Diese Empfehlungen sind stark auf die Probleme der USA zugeschnitten. Die USA hat weit höhere Ungleichheit, weit tiefere Steuern und weit weniger klimapolitische Auflagen als Deutschland. Deshalb fordern die Ökonomen eine Rückschüttung pro Kopf und wollen die Verschlechterung der Wettbewerbsposition der USA verhindern, indem andere Länder im Klimaklub zu einer ähnlichen Politik verpflichtet werden.

Deutschland hat andere Probleme. Um im internationalen Wettbewerb mithalten und seinen Wohlstand halten zu können, muss es eine zusätzliche steuerliche Belastung von Leistung dringend verhindern. Zugleich betreibt es die weltweit wohl teuerste Energie- und Klimapolitik. Die Umstellung dieser Politik auf echte Kostenwahrheit bringt deshalb der Wirtschaft nicht Mehrkosten, sondern Entlastung. Damit wäre Kostenwahrheit für die deutsche Wirtschaft problemlos tragbar, würde im Gegensatz zur bisherigen und von der Regierung anvisierten Klimapolitik keine Anreize für weitere Produktionsverlagerungen schaffen, sondern den Standort Deutschland attraktiver machen. Klimapolitik mit echter Kostenwahrheit würde so zu einem wichtigen Element einer effektiven Wiederbelebung des deutschen Erfolgsmodells. Ein Bekenntnis der Regierung zur echten Kostenwahrheit und ein klar strukturierter Reformfahrplan würden ihre Glaubwürdigkeit stärken, die sie für die vielen anderen anstehenden Reformen dringend braucht.

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Freiburg (Schweiz).

David Stadelmann ist Professor für Wirtschaftspolitik und wirtschaftliche Entwicklung an der Universität Bayreuth.